

# **(Fristlose) Kündigung des Mietverhältnisses auf der Grundlage einer rechtsstaatlichen, demokratischen Grundordnung**

**zum 03.10.2016 also zum Beginn des Jahres 5777<sup>1</sup> und Aufforderung zur Räumung bis zum 20. November 2016, 2400h (7x7 Tage später)**

Für das Unternehmen, welches sich Behörde nennt: \_\_\_\_\_

Für das öffentliche Gebäude: \_\_\_\_\_

In der Adresse: \_\_\_\_\_

## **Begründung:**

Für dieses öffentliche Gebäude wurden durch die Treugeber (das sog. Volk) ausschließlich Nutzungsrechte zur Verwaltung eines rechtsstaatlichen, demokratischen Systems vergeben. Die Lizenzgeber – alle Investoren der zentraleuropäischen Treuhandverwaltungen – wurden bei Abschluß dieses Nutzungsvertrages offensichtlich arglistig getäuscht. Somit ist dieser Vertrag von Ursprung an nichtig.

Das oben genannte Unternehmen hat sich aus Sicht der Treugeber – des Volkes – unter Vortäuschung der Behauptung eine rechtsstaatliche Einrichtung zu sein, den Nießbrauch für dieses Gebäude erschlichen. Es liegen aktuell ausschließlich Beweise vor, die die Annahme bestätigen, daß es sich bei dem oben genannten Unternehmen – das sich rechtsstaatliche Einrichtung nennt – um eine ausschließlich umsatz- und gewinnorientierte Einrichtung handelt, was die behauptete Rechtsstaatlichkeit – als wesentliches Nutzungsmerkmal bei Erlangung dieses Mietverhältnisses – ausschließt.

Es ist festzuhalten, daß diese Nutzungsrechte offensichtlich mißbraucht werden, um gezielt und vorsätzlich Weiße Folter aus niederen Beweggründen anzuwenden und damit gegen rechtsstaatliche Prinzipien wie

- **Gnade vor Recht („... die Gerechtigkeit in Richtung der Barmherzigkeit überboten wird ...“ <sup>2</sup>)**
- **Das Gesetz (= Vertrag) darf dem Menschen keinen Schaden zufügen**
- **Das Prinzip von Treu und Glauben**

verstoßen wird, um ausschließlich und uneingeschränkt den aus offensichtlich existierenden Vorschriften resultierenden Umsatz- und Gewinnmaximen nachzukommen.

Damit wird das Nießbrauchsabkommen für Handlungen genutzt, die in dieser Form mit den Treugebern – dem Volk – nicht vereinbart sind und niemals waren. Dies stellt einen Mißbrauch des Eigentums der Treugeber – das Volk – dar und aus Sicht der Treugeber besteht der dringende Verdacht einer völkerrechtlichen Straftat in den dem oben genannten Unternehmen zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten.

Damit wird von einem umgehenden Sonderkündigungsrecht unter Anwendung göttlicher Prinzipien (*der Bund wurde gebrochen*) ausgegangen. Dies ist keine „feindliche“ Handlung gegen die Gemeinschaft der Männer, Weiber und Kinder – also der Gemeinschaft –, sondern die logische Konsequenz aus fortgesetztem Macht- und Amtsmißbrauch von verblendeten Menschen mittels ihrer sog. Amtspersonen.

Deshalb wird hiermit unter Nutzung des durch die Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellten Systemzugangs (= Person), die fristlose Kündigung der oben genannten Räumlichkeiten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgesprochen.

Bitte räumen Sie zu dem oben genannten Termin das zur Verfügung gestellte öffentliche Gebäude und vermeiden Sie alle – also auch die sog. Angestellten des öffentlichen Dienstes – weitere Handlungen, die den Anschein einer kriminellen Absicht beinhalten könnten.

Falls der Räumungstermin nicht eingehalten werden sollte, so stimmen alle danach diese Räumlichkeiten Nutzenden ab dem oben genannten Räumungstermin einem privat zu erbringenden, gemeinnützigen Schadensausgleich zugunsten der Geschädigten von diesen Unternehmen – die sich Ämter nennen – zu, dessen Höhe noch durch ein unabhängiges Gremium demokratisch und rechtsstaatlich festgelegt wird.

**Ausgeführt am**

---

Unterschrift(en)

<sup>1</sup> nach jüdischem Kalender

<sup>2</sup> Auszug von 'misericordiae vultus' vom 11. April 2015

**Anmerkung:** Diese Handlung ist **keine** Willenserklärung der in der BRD gnadenlos verfolgten, politischen Minderheit, die amtssprachlich auch 'Reichsbürger' genannt wird!